

Positionspapier zur Sicherung der Qualität sonderpädagogischer Förderung in der inklusiven Schule

Der Inklusionsanspruch unter Bezug auf Art. 24 des *Übereinkommens der Vereinten Nationen vom 13.12.2006 über die Rechte der Menschen mit Behinderungen – VN-BRK (Convention on the Rights of Persons with Disabilities)* bedeutet eine Neuausrichtung des Auftrages der Sonderpädagogik und eine Neuorientierung des Handlungsfeldes sonderpädagogischer Lehrkräfte. In höherem Maße und mit deutlich weiter gehenden Auswirkungen bedeutet er allerdings die Entwicklung und Gestaltung einer Inklusionskultur in der allgemeinen Schule aller Schulformen und Schulstufen. Insofern beschränkt Inklusion sich nicht auf die Realisierung der Förderung von Schülerinnen und Schülern mit Behinderungen in allgemeinen Schulen, sondern ist die gleichberechtigte Teilhabe aller Kinder und Jugendlichen an Bildung und am Leben in der Gesellschaft.

Eine inklusive Schule muss sich den individuellen Bildungsbedürfnissen aller Schülerinnen und Schüler anpassen. Ein inklusives Bildungsangebot bedarf verschiedener Instrumente, die eine qualitativ hochwertige und fachlich abgesicherte individuelle Förderung aller Schülerinnen und Schüler sicher stellen, unabhängig davon, ob ein vorüber gehender Unterstützungsbedarf oder ein sonderpädagogischer Förderbedarf bestehen. Der Sonderpädagogik kommt dabei ein subsidiärer Auftrag zu.

Schülerinnen und Schüler mit Behinderungen im allgemeinen Schulsystem haben Anspruch auf spezielle Förderung unter Einsatz sonderpädagogischer Kompetenzen und Ressourcen; insofern braucht eine inklusive Schule ein hochqualifiziertes und multiprofessionelles Unterstützungssystem z.B. in Form von sonderpädagogischen Kompetenzzentren. Dabei hat eine inklusive Bildung in jedem Fall das Wunsch- und Wahlrecht der Betroffenen zu berücksichtigen, das auch seinen Ausdruck in der Nachfrage nach spezialisierten Bildungseinrichtungen finden kann.

Der Verband Sonderpädagogik, Landesverband Nordrhein-Westfalen, begleitet nachdrücklich den Weg zu einem inklusiven Bildungs- und Erziehungssystem. Er wird sich öffentlich und im Dialog mit Repräsentanten der Bildungsverwaltung, der Politik, den Organisationen der Betroffenen und den die allgemeine Schule vertretenden Verbänden einsetzen für

- eine an diesen Ansprüchen gemessene Ausbildung von Lehrkräften,
- die Gestaltung einer diesen Ansprüchen genügenden Schulstruktur,
- eine Förderung aller Schülerinnen und Schüler in allgemeinen Schulen unter Berücksichtigung ihres individuellen Anspruchs auf Bildung und Erziehung,
- die Weiterentwicklung und Sicherung eines hoch qualifizierten interdisziplinären Unterstützungssystems,
- die Bereitstellung angemessener sonderpädagogischer Ressourcen.

Landtag und Landesregierung werden aufgefordert, Schritte zur Entwicklung eines inklusiven Schulsystems zu gehen, indem

- in einer breiten schulischen und gesellschaftlichen Wertedebatte eine Inklusionskultur an den allgemeinen Schulen in Nordrhein-Westfalen – begleitet und unterstützt durch Coaching des Prozesses und Fortbildung der Lehrkräfte – etabliert wird
- inklusive Strukturen mit dem Ziel der Vermeidung von Ausgrenzung und der Aktivierung der Ressourcen der Schulen, der Lehrkräfte und der Schülerinnen und Schüler unterstützt werden
- inklusive Praktiken im Sinne eines die Heterogenität und Individualität von Schülerinnen und Schülern berücksichtigenden Unterrichtsangebotes entwickelt und bei Bedarf durch entsprechende sonderpädagogische Ressourcen und Kompetenzen abgesichert werden